

Bleivergiftungen

Langer Rechtsstreit, ein Präzedenzfall für thailändische Kommunen

von
Mark Teufel

Der Autor ist Journalist und lebte über zehn Jahre in Thailand. Er veröffentlichte zwischen 2006 und 2011 Jahrbücher zu Thailands Politik und Geschichte in deutscher Sprache.

Im Nordwesten Thailands, in der Provinz Kanchanaburi, kämpft eine kleine Kommune im Klity Tal vor Gericht um Entschädigung für die Verunreinigung des Flusses mit Blei. Der kleine Fluss Klity, der durch das gleichnamige Dorf führt, trägt eine furchtbare Altlast mit sich: Er führt die weitgehend unbehandelten bleihaltigen Abfälle aus einer 20 Kilometer stromaufwärts gelegenen Mine mit sich.

Als Folge dessen kam es zu einem Fischsterben, ebenso erkrankte das Vieh der Bauern und starb. Die Lebensgrundlage der örtlichen Bevölkerung wurde hierdurch vernichtet. Die Situation spitzte sich weiter zu, als die DorfbewohnerInnen selbst Opfer der unsichtbaren Gefahr wurden. Rote, geschwollene und entzündete Augen, eine verzögerte Entwicklung der Kinder sowie Schwindelgefühl, Ohnmacht und der vollständige Verlust der Sehkraft waren einige der Folgen. Ärzte bestätigten, dass diese Krankheiten Auswirkungen einer Bleivergiftung sind. Verschiedene Umweltverbände schätzen, dass bis zum Jahr 1998 der Tod von dreißig Menschen auf Bleivergiftungen zurückzuführen war.

3000-fach erhöhte Bleikonzentration im Fluss

Einem Bleibergwerk, das zur »Lead Concentrates (Thailand) Company« gehört, in der Nähe des Naturschutzgebietes Thung Yai Naresuan, wurde im Jahr 1967 eine Abbaukonzession erteilt. Zudem wurde 1987 nur fünf Kilometer vom Naturpark ent-

fernt eine Bleihütte erbaut mit der Folge, dass der Fluss zu einer giftigen Abwasserkloake wurde.

Die prekäre Lage der DorfbewohnerInnen blieb von staatlicher Seite zunächst unbeachtet, eine Petition an die Regierung wurde zurückgewiesen. Die Minengesellschaft, die für die Verschmutzungen verantwortlich war, behauptete, die Fische aus dem Fluss seien ohne Bedenken genießbar. Thailands *Pollution Control Department* (Abteilung des Umweltministeriums, das sich mit der Analyse von Umweltverunreinigungen beschäftigt) fand jedoch 1998 Bleikonzentrationen im Sediment des Flusses, die 3000-fach über den erlaubten Grenzwerten lagen.

Es begann ein Rechtsstreit, der einen Präzedenzfall für jene thailändischen Kommunen darstellt, die Umweltverschmutzungen ausgesetzt sind. Die Situation auf rechtlicher Ebene war schwierig, weil das Dorf den Minenbetreiber direkt verklagen und dabei beweisen musste, dass die Schäden unmittelbar durch diesen verursacht worden waren. Um die Beseitigung der entstandenen Vergiftung des Flusses zu erwirken, musste das Dorf die Umweltschutzbehörde selbst verklagen, damit diese wiederum eine Klage gegen *Lead Concentrates* einreichte.

Schwierige Rechtsfragen - erdrückende Beweise

Die Beweise, die von Umweltaktivisten und der EnLAW Foundation (*Environmental Litigation and Advocacy for the Wants*) vorgelegt wurden,



Provisorische Fischteiche, wie sie vom Umweltministerium empfohlen werden. @EnLAW Foundation

waren erdrückend. Nach der Klage der Umweltschutzbehörde musste 1998 die Bleiproduktion für 120 Tage eingestellt werden, und das Unternehmen *Lead Concentrates* wurde zur Zahlung einer Geldstrafe von 2.000 Baht (etwa 50 Euro) verurteilt. Zudem wurde dem Unternehmen aufgetragen, den Fluss zu sanieren. Daraufhin baggerte *Lead Concentrates* unter der Aufsicht des Umweltministeriums den Fluss auf einer Länge von circa 2,5 Kilometern aus und lagerte das giftige Sediment am Ufer des Flusses. Außerdem errichtete das Unternehmen oberhalb des Dorfes eine Buhne, an dem sich das mit Blei belastete Sediment ablagern sollte.

Entwicklungsstörungen und Krankheiten
@EnLAW
Foundation



Bis zum Jahr 2001 zeigte das verantwortliche Unternehmen keinerlei Bemühungen, das bleihaltige Sediment zu entsorgen. Erst 2003 verbot die Umweltbehörde das weitere Baggern im Fluss, da befürchtet wurde, dass die Vergiftungen dadurch noch verstärkt werden könnten.

Unterlassene Hilfeleistung

Frauen des Dorfes mussten Regenwasser zum Kochen und Waschen benutzen, da das Flusswasser hierzu nicht mehr genutzt werden konnte. Nach heftigen Regenfällen erkrankten DorfbewohnerInnen regelmäßig. Acht Dorfbewohner reisten daraufhin nach Bangkok, um sich behandeln zu lassen. Die Ärzte bestätigten Ihnen hohe Bleigehalte im Blut. Das Umweltamt reagierte auf die Hilferufe der DorfbewohnerInnen weitgehend hilflos. Es stellte ihnen Plastikplanen zur Verfügung und empfahl, als Alternative zur Verwendung des Flusswassers, Regenwasser damit aufzufangen.

Der Verband der thailändischen Rechtsanwältinnen griff den Fall der acht Dorfbewohner auf und ver-

klagte *Lead Concentrates*. Daneben wurde in einer separaten Klage das *Pollution Control Department* wegen unterlassener Hilfeleistung für die betroffenen Menschen angeklagt. Die Klage belief sich auf eine Forderung in Höhe von 119 Millionen Baht (etwa 3 Millionen Euro). Im Jahr 2004 verklagten weitere 22 Dorfbewohner die Umweltbehörde wegen Untätigkeit.

Ein Meilenstein des thailändischen Umweltschutzes

Nach zwei Jahren im Jahr 2006 wurde den ersten acht Dorfbewohnern aus Klity per Gerichtsentscheid Schadenersatz von 4,28 Millionen Baht (etwa 110.000 Euro) zugesprochen – eine viel zu geringe Summe gemessen an den verursachten Schäden. Daher riefen die Anwälte der Dorfbewohner die nächste Rechtsinstanz ein. Im Jahr 2007 fällte das Berufungsgericht ein Urteil und verurteilte das Unternehmen zu weiteren 29,5 Millionen Baht (etwa 770.000 Euro) Schadenersatz. Surapong Kongchantuk, der Direktor des *Karen Studies and Development Center*, deutet diese Urteile als ein Meilenstein für den Umweltschutz in Thailand. Diese Entscheidungen sind deshalb so wichtig, weil hierdurch klar festgestellt wurde, dass Verursacher und Aufsichtsbehörde die Verantwortung für die Schäden an Mensch und Umwelt übernehmen müssen – dieser Umstand ist bisher nur ansatzweise im Gesetz vorgesehen.

Noch in demselben Jahr folgten weitere 151 DorfbewohnerInnen dem Beispiel der erfolgreichen Kläger und erhoben ebenfalls Klage gegen den Betreiber der Bleiproduktion. Das oberste Verwaltungsgericht verurteilte im Jahr 2008 dann die Umweltbehörde zur Sanierung des Flusses und zur Zahlung von 743.226 Baht (etwa 19.400 Euro) Schadenersatz an die 22 DorfbewohnerInnen, die im Jahr 2004 Klage eingereicht hatten. Von diesem Zeitpunkt an berichteten praktisch alle Medien Thailands über den Fall und stellten sich dabei auf die Seite der DorfbewohnerInnen.

Im Jahr 2010 verurteilte ein Gericht *Lead Concentrates* zur Schadenersatzzahlung an die 151 DorfbewohnerInnen, die 2008 eine Klage eingereicht hatten, sowie zur Reinigung des Flusses. Falls das Unternehmen dieser Forderung nicht in angemessenem Rahmen nachkomme, so das Gericht, stehe es den DorfbewohnerInnen frei, eigene Maßnahmen in Auftrag zu geben, die dann von *Lead Concentrates* zu bezahlen seien. Das Gericht in Kanchanaburi verurteilte die Firma *Lead Concentrates* und dessen Gesellschafter zu Schadenersatzzahlungen von 36 Millionen Baht (etwa 940.000 Euro) an die ersten acht Dorfbewohner. Hieraufhin gingen das Unternehmen und deren Gesellschafter in Berufung.

Der Fall hatte für Thailand weitreichende Konsequenzen. Bislang hatten sich die Gesetzgeber stets geweigert, einen klaren und angemessenen Rahmen für Strafen und Schadenersatzmöglichkeiten gegen Umweltsünder zu verabschieden. Diese neuen Urteile stellen nun zum einen eine Abschreckung für andere Umweltsünder dar. Zum anderen hatten sie auch Folgen für die eng mit der Wirtschaft verwobene thailändische Bürokratie. Denn am 26.6.2012 verurteilte ein Richter des Obersten Verwaltungsgerichtes die Umweltbehörde zu Schadenersatzzahlungen an die acht Dorfbewohner. Zudem wurde ein 14-Punkte Plan zur Beseitigung des Giftmülls und zur Reinigung des Flusses verabschiedet. Für Thailand erstaunlich schnell, nämlich bereits im Jahr 2012, bestätigt das Berufungsgericht das vorinstanzliche Urteil zugunsten der 151 Dorfbewohner in vollem Umfang.

Um den derzeitigen Stand der Umweltschutzgesetzgebung und Rechtsprechung in Thailand besser zu verstehen, führte der Autor ein Interview mit Ashijya Otwong von EnLAW.

Teufel: Erläutern Sie uns den derzeitigen Stand der Umweltgesetzgebung und Rechtsprechung.

Ashijya: »... Nach dem Gesetz über die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt (Gesetz 2535, Abschnitt 97 aus dem Jahr 1992) sollen Umweltverschmutzer dem Staat gegenüber zu Schadenersatz verpflichtet werden. Wenn der Verursacher nicht zahlt, muss der Staat ihn vor einem Zivilgericht verklagen. Aber natürlich möchten die betroffenen Menschen die Umweltsünder direkt verklagen können, und das können sie im Rahmen einer allgemeinen Zivilklage tun. Vor einigen Jahren hatte das Oberste Gericht hierzu Leitlinien für die Verfahren in Zivilgerichten entwickelt und eine neue Abteilung am Gericht eröffnet, die solche Umweltfälle behandelt. Deshalb hoffen wir, dass in Zukunft mehr Entscheidungen zugunsten der Opfer gefällt werden, und dass die Berechnung des Schadenersatzes dem tatsächlichen Schaden entspricht, das heißt, dass Beeinträchtigungen von Gesundheit und Umwelt über viele Jahre Berücksichtigung finden. ...«

Teufel: Stellt der obige Fall eine Warnung an andere Firmen dar, die ähnliche Umweltschäden besonders im Bereich des Bergbaus verursachen?

Ashijya: »... Meiner Meinung nach stellt der Fall ›Lead Concentrates‹ einen tief greifenden Wandel in der Behandlung der Rehabilitation von Umweltschäden durch das zuständige Ministerium dar. Ich möchte sagen, dass die Gerichtsentscheidung nicht in erster Linie die Firmen trifft. Es ist eher ein juristischer Vorstoß gegen das Umweltministerium, damit dieses seiner Verpflichtung nachkommt. ... Wir hatten ja auch die Firma direkt auf Schadens-

ersatz verklagt. Zum ersten Mal in der Geschichte urteilte der Richter gegen ein solches Unternehmen und forderte Schadensersatz. Jedoch ist die Firma *Lead Concentrates* in die nächste Instanz gegangen. Dort befinden wir uns derzeit. Ich denke, dass dieser Fall am Ende die höchsten Gerichte beschäftigen wird, und wir werden dann erst sehen, auf welcher Seite die Gerichte wirklich stehen. Aber bis dahin haben diese Urteile tatsächlich schon eine Warnwirkung. ...«

Teufel: Kann man generell ein verschärftes Umweltschutzbewusstsein in der Gesellschaft feststellen?



Ashijya: »... Ich kann in den allgemeinen thailändischen Medien keine weitere Berichterstattung finden, außer in einem englischsprachigen Kanal. Aber natürlich hat es einige Gemeinden dazu gebracht, selbst ihre Ansprüche geltend zu machen. ...«

Maßnahme zum Zurückhalten der bleihaltigen Sedimente: Steindämme
@EnLAW
Foundation

Teufel: Hat es in den letzten Jahren wegen Bergbauaktivitäten und damit verbundenen Umweltschäden ähnliche Gerichtsverfahren gegeben?

Ashijya: »... Ich habe von vielen ähnlichen Fällen gehört, die derzeit vor Gericht gebracht werden. In einem Fall ging es um Goldschürfen in der Provinz Phichit. Auch dieser Fall wird vor einem Zivilgericht verhandelt, aber es ist noch unklar, wie das Urteil aussehen wird. Soweit ich informiert bin, vertritt das Gericht bisher die Auffassung, dass die Aktivitäten der Goldmine keinen negativen und nicht hinzunehmenden Einfluss auf die Menschen hätten. Und ich vermute, dass die Gemeinden rund um die Goldmine das Gebiet verlassen werden, bevor das letzte Urteil gesprochen sein wird, weil die Lebensbedingungen dort untragbar geworden sind. ...«